

## Ernährungsfragen.

N Berlin, 2. Novbr. (Priv.-Tel.) Nach mehrtägiger Pause ist heute der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses wieder zusammengetreten, um die seinerzeit begonnene, durch die Veratung der Kohlenfrage aber unterbrochene Verhandlung der Ernährungsfragen weiterzuführen.

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Doeßch, führte manche Mängel darauf zurück, daß man nicht zunächst die ökonomischen Gesichtspunkte vollwertig berücksichtigt habe. Erst hiernach könne man soziale Gesichtspunkte gelten lassen. Feindliche und neutrale Staaten seien richtiger vorgegangen, indem sie der Produktion durch Preisfestsetzungen für die einzelnen Ackererzeugnisse außerordentliche Anregung zum Anbau gegeben hätten. Allerdings habe das in England nichts geholfen, weil es keinen Bauernstand habe, fruchtbare Felder in Weidewirtschaften umgewandelt und durch das System kurzfristiger Pachtungen sich auch der Möglichkeit begeben habe, in technischer Beziehung einen Aufschwung der Kultur herbeizuführen. Es sei aber auch nicht zu erwarten, daß in Deutschland während der Kriegsdauer und in einer Uebergangszeit die Getreideernte wesentlich gesteigert werden könne. Um so mehr müsse man auf Ausdehnung des Kartoffelbaues bedacht sein, und zwar durch Auslobung einer Anbauprämie bei gleichzeitiger Bekannngabe eines Mindestpreises für die Ernte 1918 und unter der Erklärung, daß die nicht für die Versorgungsberechtigten benötigten Kartoffeln zur freien Verfügung der Landwirtschaft stehen würden. Die Maßnahmen müßten längst vor dem Eintritt der nächstjährigen Frühjahrseinstellung bekannt gegeben werden. Der Redner fragte dann, welche Funktionen nach der Einsetzung des Staatssekretärs im Kriegsernährungsamt, der zugleich Staatsminister ist, dem Landwirtschaftsminister noch bei der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zustünden. Ganz besonders bedeutsam sei die weitere Förderung und Erhaltung der Zucht kaltblütiger Arbeitspferde, ohne daß darum die für das Heer notwendige Zucht warmblütiger, edlerer Pferde zurücktreten könne. Das am 19. März 1917 begründete Preisystem sei eine schwere Schädigung der Produktion und bestehe nicht einen logischen Aufbau. Es gebe keine Steigheit der Preise auf längere Frist in einer Zeit ständiger Erschütterung der ganzen Wirtschaft. Die produzierenden Kreise würden durch solche Erschwerungen der Betriebsführung verärgert. Der Redner berief sich auf einwandfreie Zahlen, die die außerordentliche

## Düsterverschwendung

bei der jetzigen Marmeladenherstellung bewiesen. Dabei seien mittlere und kleinere Städte draußen im Lande von der Zufuhr an frischem Obst abgesperrt worden. Diese Unzulänglichkeit der Organisation müsse abgestellt werden.

Der zweite Berichterstatter, Abg. Lippmann (Dpt.) tabelte gleichfalls die Obstbewirtschaftung. Auf Fragen der Uebergangswirtschaft eingehend, bekämpfte er den Gedanken eines Getreide- und Futtermittelherstellungsmonopols. Nach Friedensschluß würden zunächst Öl, Fett und industrielle Rohstoffe einzuführen sein. Die notwendige Ausdehnung des Kartoffelbaus sei dadurch zu fördern, daß die Regierung dem Landmann bestimmt in Aussicht stelle, was er von seiner Ernte behalten dürfe. Sodann wandte sich Abg. Lippmann dagegen, daß die Viehhandelsverbände die Viehversicherung an sich ziehen. Landwirtschaftsminister von Eisenhart-Nothe erklärte, daß zu seiner Zuständigkeit alle auf Förderung der Produktion gerichteten Maßnahmen gehörten. Zwischen dem Landwirtschaftsministerium und dem Staatskommissar für die Volksernährung bestehe volles Einverständnis. Der Minister sprach dann über die Förderung des Kartoffelanbaus.

Der Staatskommissar für die Volksernährung, Staatsminister von Waldow, wies auf die Knappheit der Betriebsmittel hin, auf den Mangel an menschlichen und tierischen Arbeitskräften, sowie an Kunstdünger, die der Produktionsförderung entgegenstehen. Eine erneute Pferdeaushebung dürfe sich vermeiden lassen. Die Mittel, die ihm zur Produktionsförderung zur Verfügung ständen, seien im wesentlichen negativer Natur, indem er bei seinen Maßnahmen darauf Rücksicht nehmen müsse, die Produktion nicht zu stören. Das werde durch die Unsicherheit über die vorhandenen Vorräte erschwert. Bisher hätten die Statistiken vielfach versagt, auch die Nachschätzung der Kartoffel- und Getreidernte habe bisher sichere Ergebnisse nicht geliefert. Offenbar sei infolge der Einführung der Haftung der Kommunalverbände für die Ablieferung mit einer weit übertriebenen Rücksicht geschätzt worden. Nur durch möglichst frühzeitige tatsächliche Erfassung aller Vorräte werde man den sicheren Boden zu weiteren Entschlüssen gewinnen. Das nächste Ziel bilde die Sicherung der Winterkartoffeln. Bei der Uebergangswirtschaft müsse in erster Linie für die Zufuhr von Ölen und Fetten gesorgt werden. Dies sei auch das Gegebene, weil diese Stoffe verhältnismäßig wenig Frachtraum einnehmen.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst betonte, daß durch die Organisation eine Erfassung der Obstvorräte erreicht sei, sodas die Marmeladefabriken hinreichend mit Obst beliefert gewesen seien, ohne daß die Versorgung der Frischmärkte darunter wesentlich gelitten hätte. Der Verderb von Ware sei über den auch im Frieden eintretenden Verlust kaum hinausgegangen; natürlicherweise müsse mit Transport- und Verladeschwierigkeiten gerechnet werden.

In der folgenden Aussprache kritisierte ein Abgeordneter die Ueberorganisation auf dem Lebensmittelmarkt und das vollständige Versagen der Eierversorgung, ein anderes Kommissionsmitglied billigte die von dem Staatskommissar in Aussicht genommenen Maßnahmen zur schleunigen Erfassung der vorhandenen Vorräte. Infolge des bestehenden Schematismus seien bei der Verteilung manche Kreise trotz der guten Kartoffelernte ohne Notwendigkeit mit Kartoffeln beliefert worden. Der Redner empfahl die Einrichtung einer Kontrolle der Herstellung und des Verkehrs von Ersnahrungsmitteln.

Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung auf Dienstag kommender Woche.